

Freiheit oder Lenkung? Die ökonomische Sollbruchstelle der AfD

23.01.2026, 12:41 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *WerteUnion Bremen*



EU-Mercosur: Notwendiger Deal falsche Kostenverteilung

Rechter Antikapitalismus ist kein Gegenmodell, sondern linker Etatismus mit Nationalflagge

Warum die Höcke-Strömung (AfD) wirtschaftlich auf der falschen Seite steht

Der wirtschaftspolitische Kurs der Höcke-Strömung wird häufig als „soziale Alternative von rechts“ dargestellt. Tatsächlich handelt es sich um eine **Abkehr von freiheitlicher Ordnungspolitik** und um eine **Annäherung an kollektivistische Konzepte**, die seit Jahrzehnten nachweislich wirtschaftliche Dynamik, Wohlstand und individuelle Eigenverantwortung schwächen. Der Unterschied zur klassischen Linken liegt nicht in der ökonomischen Logik, sondern ausschließlich in der kulturellen Rahmung.

1. Antikapitalistische Rhetorik – identische Muster, andere Feindbilder

Wenn Björn Höcke vom „Finanzkapitalismus“ spricht, der den Planeten zerstöre, ist das **inhaltlich deckungsgleich** mit linker Kapitalismuskritik. Das Muster ist stets dasselbe:

Personalisierung komplexer Marktprozesse („Superreiche“, „Eliten“, „Heuschrecken“)

Moralisierung wirtschaftlicher Abläufe

Delegitimierung von Wettbewerb, Kapitalmobilität und Globalisierung

Beispiel:

Die pauschale Diffamierung internationaler Investoren als „Heuschrecken“ verzichtet bewusst auf jede Differenzierung zwischen produktiver Kapitalallokation und politisch verzerrten Finanzstrukturen. Empirisch ist gut belegt, dass solche Rhetorik Investitionen hemmt: Laut OECD-Analysen korrelieren steigende politische Kapitalfeindlichkeit und regulatorische Unsicherheit signifikant mit sinkenden Direktinvestitionen und Arbeitsplatzverlusten.

Freiheitliche Politik bekämpft **staatlich erzeugte Privilegien**, nicht den Markt selbst. Die Höcke-Strömung kehrt dieses Prinzip um.

2. „Primat des Politischen“ – der Kern des Problems

Das Leitmotiv des sogenannten **Primats des Politischen** über den Markt klingt harmlos, bedeutet aber faktisch:

Politische Zielsetzungen ersetzen dezentrale Entscheidungen durch zentrale Steuerung.

Die historischen Folgen sind bekannt und gut dokumentiert:

- staatliche Lenkung statt Wettbewerb
- Subventionen statt Innovation
- politische Nähe statt Leistung

Beispiel:

Staatlich dominierte Industrien zeigen international eine geringere Produktivität. Die OECD weist seit Jahren darauf hin, dass Staatsunternehmen im Schnitt niedrigere Innovationsraten und höhere Kostenstrukturen aufweisen als private Wettbewerber. Ob DDR-Kombinate, französische Staatskonzerne oder heutige staatsnahe Industriestrukturen: Effizienz wird durch politische Loyalität ersetzt.

3. Verstaatlichung: alte Fehler, neu etikettiert

Die Forderung nach Verstaatlichung zentraler Wirtschaftsbereiche, Energie, Verkehr, Banken, Industrie, wird als Schutz nationaler Souveränität verkauft. Tatsächlich führt sie zuverlässig zu:

- weniger Wettbewerb
- höheren Preisen
- geringerer Innovationskraft
- wachsender Bürokratie

Beispiel:

Der deutsche Energiesektor zeigt dies exemplarisch. Trotz massiver staatlicher Eingriffe sind die Strompreise für Haushalte seit 2010 real deutlich gestiegen, während Versorgungssicherheit und Effizienz nicht proportional verbessert wurden. Internationale Vergleiche zeigen: Länder mit stärker wettbewerblichen Energiemärkten haben langfristig stabilere Preise.

Die Vorstellung, man könne Verstaatlichung mit Bürokratieabbau kombinieren, widerspricht jeder empirischen Erfahrung. **Wo der Staat wirtschaftlich handelt, wächst Verwaltung zwangsläufig.**

4. Umverteilung statt Leistungsgerechtigkeit

Bürgerversicherung, Abschaffung von Beitragsbemessungsgrenzen, Vermögenssteuer, höhere Spitzensteuersätze, diese Forderungen sind **inhaltlich deckungsgleich mit linken Programmen**. Sie beruhen auf der Annahme, Wohlstand sei ein Nullsummenspiel.

Empirische Klarstellung:

Von den 38 OECD-Staaten haben **bis auf wenige Ausnahmen alle Länder die Vermögenssteuer abgeschafft**, weil sie:

- geringe Einnahmen generierte
- hohe Verwaltungskosten verursachte
- massive Kapitalabwanderung auslöste

Kapital ist mobil, Arbeitsplätze sind es nicht. Wer Leistung systematisch belastet, schwächt die wirtschaftliche Basis, aus der soziale Sicherheit überhaupt finanziert wird.

Freiheitliche Ordnungspolitik setzt auf **Wertschöpfung vor Verteilung**.

5. Nationale Rhetorik ersetzt keine ökonomische Logik

Der entscheidende Punkt bleibt:

Die Höcke-Strömung unterscheidet sich von der Linken **nicht durch ihre Wirtschaftspolitik**, sondern nur durch ihre kulturelle Erzählung. Wo die Linke international argumentiert, wird hier national argumentiert – der ökonomische Kern bleibt kollektivistisch.

Das Individuum tritt zurück:

- hinter „das Volk“
- hinter „die Nation“
- hinter politische Steuerungsansprüche

Aus freiheitlicher Sicht ist das **kein konservativer Ansatz**, sondern eine **Illusion von Kontrolle**, die Freiheit systematisch verdrängt.

6. Der innere Widerspruch der AfD ist strukturell

Die AfD steht damit vor einer unauflösbaren Entscheidung:

marktwirtschaftliche Ordnungspolitik mit klaren Regeln

oder antikapitalistische Systemkritik mit staatlicher Lenkung

Beides zugleich ist unmöglich. Eine Partei, die den Markt moralisch delegitimiert, kann nicht glaubwürdig für Unternehmertum, Mittelstand und Leistung eintreten. Der Konflikt ist nicht gelöst – nur vertagt.

Freiheitliche Schlussfolgerung

Antikapitalismus bleibt Antikapitalismus, unabhängig davon, ob er sich sozial, ökologisch oder patriotisch nennt. Wer wirtschaftliche Freiheit durch politische Steuerung ersetzt, greift nicht einzelne Fehlentwicklungen an, sondern das Fundament einer freien Gesellschaft.

Die Trennlinie verläuft nicht zwischen links und rechts, sondern zwischen:

- **Freiheit und Kollektivismus**
- **Markt und Lenkung**
- **Eigenverantwortung und staatlicher Bevormundung**

Der wirtschaftspolitische Kurs der Höcke-Strömung steht klar auf der falschen Seite dieser Linie.

Wer den Kapitalismus moralisch delegitimiert, bereitet immer den Weg für mehr Staat. Egal ob unter roten Fahnen oder nationalen Parolen. Ingo Wendelken

Text, Bild, Gestaltung: Ingo Wendelken

Bildnachweis/Symbolische Illustration: Gegenüberstellung von Markt und staatlicher Lenkung als Metapher für wirtschaftspolitische Konfliktlinien. (KI-generierte Darstellung)

WerteUnion Landesverband Bremen

Rossower Straße 7
17034 Neubrandenburg
Deutschland

IngoWendelken (Landesverbandsvorsitzender Bremen)

ingo.wendelken@proton.me

werteunionbremen.de/

Portrait

WerteUnion Landesverband Bremen
Freiheitlich. Werteorientiert. Pragmatisch.

www.werteunionbremen.de

Pressekontakt

WerteUnion Bremen Rossower Straße 7
17034 Neubrandenburg
Deutschland

IngoWendelken (Landesverbandsvorsitzender Bremen)

ingo.wendelken@proton.me

werteunionbremen.de/

News-ID: 1301906 • Views: 321 (Stand: 10.10.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/1301906/Freiheit-oder-Lenkung-Die-oekonomische-Sollbruchstelle-der-AfD.html>